

lechten Gebiet scheint Nordfreiheit zu haben. Wir erheben gegen diese Intention den allerhöchsten Protest und rufen alle human denkenden Menschen in der Welt auf, sich diesem Protest anzuschließen.

Das Verzeichnis der deutschen Gesandtschaften, Konsulate und Pösten ist in neuer Auflage in Carl Demmanns Verlag, Berlin W 8, Mauerstraße 44, erschienen und kann von dort bezogen werden.

Der frühere bayerische Kriegsminister gestorben. Der frühere bayerische Kriegsminister, General der Infanterie Graf von Horn, ist im 77. Lebensjahre gestorben.

Der Vermögensverwalter des verstorbenen Kaisers Karl, Baron Steiner, ist den Blättern zufolge, mit seiner Frau in Paris verhaftet worden. Er soll Juwelen, die der Familie des Kaisers gehören, verkauft haben. Erzherzog Max hat wegen unreiner Anzeige gegen ihn erklart. Es handelt sich um Beträge von 250 000 Schweizer Franken.

Telephonische Handelsmission der Franzosen. Die der „Frankfurter Zeitung“ zufolge wiederholt festgehalten ist, haben die Franzosen Kontrollstationen eingerichtet, an denen sie häufig die Gespräche, die aus dem unbesetzten Deutschland oder an durch das besetzte Gebiet hindurchgehenden Leitungen geführt werden, kontrollieren. Daher ist Vorbehalt vor dieser Handelsmission und Zurückhaltung in den Ausdrücken zu empfehlen, um für keinen der beiden Sprecher Unannehmlichkeiten herbeizuführen.

Ein amerikanischer Staatsmann im Rheinland. „Echo de Paris“ erfährt aus Mainz, daß der ehemalige amerikanische Oberkonsul bei der Interalliierten Rheinlandkommission, Ross, im besonderen Auftrag in das Rheinland gekommen sei, um sich über die dortige Lage und über die im Ruhrgebiet zu unterrichten. Er werde von mehreren hervorragenden Persönlichkeiten begleitet, die gestern in Köln angekommen seien, um sich mit den politischen und wirtschaftlichen Kreisen der Stadt in Verbindung zu setzen. Sie würden auch mit Arbeiterfreien Rührung nehmen.

Der Großhandel zur Reparationsfrage. Bei einem Empfang beim Reichswirtschaftsminister Beder wurde von einer Deputation des Präsidiums und des Vorstandes des Zentralverbandes des deutschen Großhandels die Bereitwilligkeit auch des Großhandels ausgedrückt, Vorken für Reparationszwecke zu übernehmen. Es wurde dabei betont, daß für die praktische Durchführung der Belastung die freiwillige Erklärung der Organisationen nicht genüge, vielmehr die Durchführung der Belastung als Reichsteuer auf gesetzlichem Wege nach objektiven Maßstäben erfolgen müsse.

Zur Erhöhung der Postgebühren. Nachdem sich der Verkehrsbeirat im Reichspostministerium mit der Erhöhung der Postgebühren (Vervierelfachung der Gebühren für Postsendungen, Verdreifachung der Telegraphen- und Verlesensgebühren der Fernsprechegebühren) beschäftigt hat, hat heute das Reichspostministerium dazu Stellung genommen. Es scheint, als ob das Reichspostministerium sich den Vorschlägen des Verkehrsbeirats anschließen wird, die Gebühren für Postsendungen und Telegramme auf das Dreifache und die Fernsprechegebühren auf das Fünffache zu erhöhen.

Preisverhöhung als Luxus. Die geplante neue Erhöhung der Postgebühren wird der mit Briefverkehr schon nicht mehr allzu stark überlasteten Reichspost weitere Entlastung bringen. An sich ist natürlich nicht zu verkennen, daß die heute im Verhältnis zu anderen Preisfestsetzungen bereits als gering empfundenen Posttarife einigermassen der Geldentwertung angepasst werden müssen. Die Gebührenerhöhung für Briefe und Postkarten auf das Fünffache ist aber seitens des Verkehrsbeirats im Reichspostministerium selbst auf Widerspruch gestoßen. Man schlägt dreifache Tarife vor, wie sie für Pakete und Telegramme angenommen worden ist. Die Erhöhung der Fernsprechegebühren auf das Fünffache oder gar auf das Siebenfache würde vom Geschäftsleben wohl einigermassen ertragen, d. h. abgewägt werden können. Für das Zeitungsgewerbe aber und die Telegraphenbüros bedeutet trotz der gewährten Vorzugspreise eine so ungeheuerliche Belastung geradezu eine Lebensgefährdung, gegen die angeht die traurigen Gesamtlage dieses Wirtschaftszweiges nicht scharf genug Stellung genommen werden kann.

Tschechoslowakei. Der Berliner Gesandte in Prag. Zu der Anwesenheit des Berliner tschechischen Gesandten Tuschar in Prag wird mitgeteilt: Tuschar ist bereits mehrfach aus Berlin berufen worden, wenn sein Rat und seine politische Erfahrung gebraucht wurden. Bei seinem jetzigen Besuche handelt es sich jedoch darum, den Regierungstellen seine Mutmaßungen über die politischen und wirtschaftlichen Folgen des neuen Marktes darzulegen, der offenbar eine Reihe von Konkurrenz in der Industrie- und Handelswelt nach sich ziehen wird. Es ist auch möglich, daß die Position der jetzigen Regierung rund um diese Entwicklung noch mehr geschwächt wird, obwohl es heute keinen Politiker gibt, der durch seine Autorität und sein staatsmännliches Genie die überaus heikle Lage in Deutschland beherrschen könnte.

Auslandskreise des Präsidenten Masaryk. Die Kreise haben dem Präsidenten Masaryk, der unter dem Verlust seiner Gemahlin sehr gelitten hat, eine Reise in das Ausland empfohlen. Masaryk reist heute nach der Schweiz, wo er seine Tochter Olga besuchen wird. Von dort wird er sich nach Marseille und auf eine längere Kreuzerfahrt begeben.

Rumänien. Sturmszenen in der rumänischen Kammer. Aus Bukarest wird gemeldet, daß es in der Kammer in der Sitzung vom 2. Juni zu außerordentlich stürmischen Szenen kam. Der Abgeordnete der Bauernpartei Ribalache, der zu den sogenannten „Rechten“ gehört, hat den Wort ergriffen, rief durch seine Reden und seine stürmischen Widerstand hervor, daß ihm der Präsident schließlich das Wort entzogen. Der Abg. Ribalache wollte indessen die Rednertribüne nicht verlassen, sobald er vom Quästor entnommen werden sollte. Das rief einen ungeheuren Tumult hervor. Die Abgeordneten der Bauernpartei eilten ihren Parteigenossen zu Hilfe, während die Mitglieder der Regierungsparteien sich um den Quästor scharten. In dem ungeheuren Lärm wurde die Sitzung schließlich von dem Präsidenten unterbrochen. Nach der Pause wollte Abg. Ribalache seine Rede fortsetzen und warf dem Quästor, der ihn aus dem Saale entfernen wollte, zwei Intenstasser an den Kopf. Es kam dann zu einem förmlichen Faustkampf unter den Parlamentariermitgliedern, wobei eine ganze Anzahl von Abgeordneten blutig geschlagen wurde. Mehrere Abgeordnete wurden vom Präsidenten auf zehn Sitzungen ausgeschlossen.

Italien. Die Kaiserin Rita siedelt nach Italien über. Nach dem „Giornale d'Italia“ beabsichtigt die Kaiserin Rita in Italien ihren Aufenthalt zu nehmen und zwar auf der den Bourbonen gehörigen Villa in der Provinz Aversa.

Amerika. Das Alkoholverbot für Schiffe in amerikanischen Gewässern. „Chicago Tribune“ will wissen, daß in verschiedenen europäischen Konsulaten erzwungen werde, den Spruch des Obersten Gerichtshofes der Vereinigten Staaten in Sachen des Alkoholverbots für ausländische Schiffe in den amerikanischen Gewässern dem Internationalen Gerichtshof in Haag zu unterbreiten. Der Spruch des Obersten Gerichtshofes der Vereinigten Staaten stützt sich auf das veröffentlichte Reglement des amerikanischen Schifffahrtsgesetzes, das es jedem ausländischen Schiff unmöglich macht, die amerikanischen Häfen mit Alkohol an Bord anzulanden.

## Die Befegung der letzten Hauptbahnlinie beendet.

Nach einer Meldung der „Kölnischen Zeitung“ aus Gelsenkirchen ist die bereits gemeldete Befegung der Eisenbahnstrecke Gorne-Gelsenkirchen-Altenessen gestern nachmittag 4 Uhr beendet worden. Die Franzosen verwiesen die Beamten und Arbeiter, nachdem sie sich angeweiigt hatten, in französische Dienste zu treten, von ihrer Dienststelle mit dem Bemerkung, daß die Strecke militärisiert werde und sie in Zukunft nichts mehr auf ihren bisherigen Dienststellen zu suchen hätten. Eine große Menge rollenden Eisenbahn- und Baumaterials ist den Franzosen in die Hände gefallen. Die Beute, die ihnen aus den Stationen und den Güterabfertigungsstellen in die Hände fiel, ist jedoch nicht bedeutend. Kurz nach 4 Uhr verließ die militärische Besatzung die Befegung des Gebietes, nur die Militärreisendebahn und die französische Militärreisendebahn, sowie ein stärkeres Nachkommando, blieben zur Bewachung der Strecke, der Brücken und der Nebengänge zurück.

Das Telegraphenamt in Dortmund ist gestern vormittag von französischen Truppen besetzt worden. Jeder Telefon- und Telegraphenverkehr ist seit 10 Uhr vormittags unterbrochen.

Gestern abend wurde die Eisenbahnwerkstätte des Bahnhofs in Siumern von den Franzosen besetzt. Der Betrieb der Dunsrückbahn, der bisher mittels Holzfeuerung noch aufrecht erhalten werden konnte, liegt still. Die Franzosen haben zahlreiche Verhaftungen vorgenommen und 20 Eisenbahnerfamilien ausgewiesen.

Die Bahnhöfe Wärsfeld-Mariahütte-Nonnenweiler ist militärisiert worden. In Trier nehmen die Eisenbahner-Ausweisungen ihren Fortgang.

Bei der Befegung der allein noch übrig gebliebenen Ost-West-Verbindung im Industriegebiet scheint es sich um eine dauernde Militärisierung der Strecke durch die Franzosen zu handeln. — In einer Reihe von Orten sind die Eisenbahner aufgefordert worden, in französische Dienste zu treten. Diese Aufforderung ist überall abgelehnt worden. Die Eisenbahner-Ausweisungen in Essen dauern an.

Franzosen im Sommer-Gymnasium.

Für neue französische Quartierungen ist in Vöding das dortige Gymnasium geräumt worden, sodas im ganzen in Vöding jetzt neun höhere Lehranstalten von den Franzosen besetzt sind. Wie die „Kölnische Zeitung“ aus Vöding meldet, ist die Befegung des staatlichen Gymnasiums durch die Franzosen eine „Zustandsmaßnahme“. Als die Franzosen vor kurzem das Gymnasium 1 zu einem Lazarett einrichteten, forderten sie von der Stadt das innere Ausbau, der 22 Millionen Mark gekostet haben würde. Die Stadt lehnte diese Forderung ab. Ferner sollten bis zum 1. Juni 80 Betten mit vollständigen Bezügen und 80 Nachtlager geliefert werden. Für den Fall der Nichtlieferung war die „Beschlagnahme“ der Betten im Einkauf, Joseph- und Augustushospital angedroht worden. Die Stadt lehnt auch diese Forderung ab.

Eine ungültige Verfügung der Rheinlandkommission.

Die Interalliierte Rheinlandkommission hat durch eine am 9. Mai erlassene Verordnung Nr. 171 bestimmt, daß die auf den von der Regie betriebenen Eisenbahnen unbestellbar gebliebenen Waggonsladungen vom 10. Juni ab ausgeladen und für die sowohl in Waggons als auch in Waggons befindlichen Waren neuere Verkaufsbedingungen festgesetzt werden. Wie von zuständiger Stelle hierzu mitgeteilt wird, ist diese Verordnung ungültig und nicht zu befolgen. Ihr Zweck ist, durch Anwerben scheinbarer Vorteile die Wirtschaftskreise für die Eisenbahner zu gewinnen und dadurch den deutschen Widerstand zu erschüttern. Der Frachten an die Regie sinkt, begehrt Landesverrat, wer die geraubten Güter kauft oder beim Abtransport mitwirkt, begehrt Diebstahl.

## Kommunistische Zerstörungspläne entdekt.

Schwere Terrorakte in Oberschlesien.

Die Kriminalpolizei in Königsbrunn ist einem Pläne kommunistischer Arbeiter, das Kraft- und Elektrizitätswerk in Chorzow in die Luft zu sprengen, auf die Spur gekommen. Man wollte dadurch die Industrie, vor allem das Chorzower Stickstoffwerk, stilllegen. Die umfangreiche Untersuchung der Polizei hat zu zahlreichen Verhaftungen geführt.

Wreslau. Zugereichte kommunistische Agitatoren sind am Werke, die zunächst aus wirtschaftlichen Gründen ausgebrochenen wilden Teufels in Oberschlesien in eine politische Bewegung umzuwandeln. Die Gewerkschaften stehen nach wie vor dem Streik ablehnend gegenüber und versuchen, weitere Arbeitseinstellungen zu verhindern. Auf den bestreikten Gruben haben sich bereits wieder viele Arbeitswillige eingestellt, die um polizeilichen Schutz erlucht haben gegen den von den Kommunisten ausgeübten Terror.

Wreslau. Vom schlesischen Landarbeiterstreik wird gemeldet, der sozialdemokratische Landarbeiterverband wolle für Donnerstag den Generalstreik proklamieren, falls es nicht gelingen sollte, die Parteien zu Verhandlungen zusammenzubringen. Im Kreise Steinau ist es zu schweren Terrorakten gekommen; Banden von 200-300 Mann gingen auf die Güter und jagten die Arbeitswilligen mit Knütteln vom Felde. Auch im Kreise Zauer sind Ausschreitungen vorgekommen.

## Der Hochverratsprozess in München.

Im Prozess Fuchs fuhr das Gericht gestern in der Vernehmung der Angeklagten Fuchs und Munt fort. Letzterer leugnete, an die gewalttätige Lösung Bayerns vom Reich gedacht zu haben. Dem Angeklagten Fuchs wird eine Reihe verschleieter Telegramme vorgehalten, die er teils von München, teils von Garmisch unter einem Decknamen an einen gewissen Hartmann in Saarbrücken, der in Wirklichkeit der französische Oberst Ribert war, gerichtet hatte. Die Telegramme lauteten: Bementgeschäft kurzfristig abschließbar, bezw. Bementlieferung rollt ab. Mittwoch früh, mitbringt unbedingt sechs Serien. Mit Bement war der geplante Putz und mit Serien war je eine Million Mark gemeint. Auf den Vorhalt des Vorsitzenden, daß hier ein unmittelbares bevorstehendes Loschlagen in Aussicht gestellt werde, redet sich Fuchs damit heraus, daß zur Zeit der Absendung der Telegramme jedermann mit der Möglichkeit eines Ausbruchs größerer Unruhen und des Volkswiderns gerechnet habe. Rechtsanwält Graf Westalossa als Verteidiger schlägt als Sachverständige die Abgg. Auer, Feld und Ollpert vor. Der Antrag wird abgelehnt. Darauf beginnt das Verhör des Hauptzeugen des Prozesses, Majors Mayr. Graf Westalossa widerspricht einer Vernehmung des Zeugen, da dieser seiner Ansicht nach als Antifist und Mittäter in Frage komme. Das Gericht beschließt, Mayr zu verurteilen, da auf Grund des bisherigen Verhörs das Gericht die Ueberzeugung gewonnen habe, daß Mayr weder als Mittäter noch als Antifist in Betracht komme.

## Gernius Rechtfertigung.

Abgeordneter Gernius veröffentlicht in verschiedenen Blättern gegenüber den seine Verurteilung betreffenden Ausführungen Dr. Bayers in der vorgestrigen Sitzung des Nationalrates eine Erklärung, wonach er den Gesandten

Zusar niemals um eine Entsendung von Ententerruppen gebeten habe. Seine ganze politische Vergangenheit als Minister des Innern und sein Verhältnis zu der tschechoslowakischen Regierung könnten keinen Zweifel darüber lassen, daß er, wenn er etwas derartiges hätte versuchen wollen, sich nicht an den Vertreter der Tschechoslowakei gewendet hätte. Er habe freilich niemals und niemandem gegenüber ein Verbot daraus gemacht, daß ihm eine Landbesetzung durch fremde Truppen als ein geringeres Übel erscheine, als eine bolschewistische Anarchie. Daß er dieses Thema mit Tusar besprochen habe, könne er sich nicht erinnern, aber um eine Intervention habe er ihn bestimmt nicht ersucht. Wenn er bei einer ihm unbekanntem Generalkonferenz genannt worden sei, so konnte dies richtigweise nur in dem Zusammenhang erfolgen, daß er selbst eine fremde Besetzung für ein geringeres Übel halte als den Volkswidern. Bei dem Präsidenten Masaryk habe er sich um nichts anderes bemüht, als um die Erlaubnis zu einer kurzen Reise in die Tschechoslowakei und zwar nur zu dem Zweck, um seine Mutter wiederzusehen und seine Privatangelegenheiten zu ordnen. Er habe sich zu Masaryk direkt gewendet, da angesichts des Verhältnisses zur tschechoslowakischen Regierung selbst die Erlangung eines einfachen Visums auf die allergrößten Schwierigkeiten stieß. Von irgend einem Versuch, unter tschechoslowakischem Schutz ins Ausland zu flüchten, könne also in diesem Falle nicht die Rede sein.

## Schweden zur französischen Behandlung der Saarfrage.

Zu den Angriffen des Temps gegen Branting wegen seiner Haltung in der Saarfrage schreibt Svenska Dagbladet: Was glaubt man in Paris durch diese Verunglimpfungen zu erreichen? Keine Macht, die nicht eine Großmacht oder ein Klient Frankreichs ist, scheint nach der Meinung der Franzosen eigene und selbständige Auffassungen haben zu dürfen. Kommt eine solche zum Ausdruck, dann fällt man in Paris das Urteil: Fremder und Identifizier Eiskuh. Die Wirkung eines solchen französischen Auftretens ist jedoch eine ganz andere, als beabsichtigt. Der beleidigende Charakter wird noch durch den Ton untertrieben, der allerdings milder wird, wenn der Gegenstand der Ungleichheit eine Großmacht ist. Die Verurteilungen von Lord Robert Cecil, Asquith und John Simon über die Saarfrage, die an Schwärze den deutschen Verurteilungen gleichgestellt werden können, bezeugen z. B. einem viel milderen, vornehmlichen und gedämpfteren Protest. Die rechtlichen Gesichtspunkte des Tages wirken wenig überzeugend, wenn die davon abweichenden Meinungen mit Beleidigungen statt Gründen widerlegt werden. Die Haltung der französischen Presse in dieser Hinsicht ist nicht dazu angetan, den französischen Gesichtspunkten Behör zu verschaffen.

## Schlageter.

Lieser Weg sollst du, Deutscher, heute in Gedanken gehen:

An einem Maimorgen, von den Schergen des ewigen Bösen Macht aus dem Schlaf gerüttelt und zwischen Bajonette gepfercht, einen langen Gang durch frühe, verschlafene Vorstadtstraßen, durch den Luft taufischer Friederbüsch der Vorgärten, an einem Frühlingssvögel ihr Lob Gottes singen. Und dreißigjährig sollst du sein.

Und das Leben sollst du lieben. Und verwachsen mit deiner Heimat sollst du sein, verwachsen mit Hügelwellen und Walderäufchen, mit dem gewaltigen Lied der Maschinen und den Qualmsäufen der Fabrikshote, mit der Geschichte deines Volkes und der Zukunft deines Volkes.

Und blond wie der Roggen seiner Weider sollst du sein. Und einsam sollst du sein. Ganz einsam und verlassen, umringt von fremder Soldateska. Und sollst, auf diesem letzten Gange, keinen Laut deiner Muttersprache hören, mit keinem Heimatgenossen einen Blick wechseln.

Und in einem eben Wäldchen sollst du stehen, vor einem Tugend Beweihrindungen, die das, was sterblich an dir ist, in zwei Minuten werden ausgelöscht haben. Und du sollst die Binde vor den Augen spüren. Und du sollst niederknien — nicht vor deinen Vätern und für deine Mörder, sondern vor Gott und für Gott, der die geheimen Pläne deiner Seele weiß und nichts wägt als die Reinheit deines Willens und die zureichenden Gründe deiner Tat. Und du sollst die letzten Atemzüge tun, langsam und tief — letzter Abschied von Deutschland — wartend . . . wartend . . .

Und dann, Deutscher, sollst du dich fragen, ob du würdig bist, den Namen des Mannes, der diesen Weg, den du in Gedanken gingst, in Wirklichkeit schritt, deinen Kindern und Enkeln zu überliefen. Den Namen des Mannes, der das, was Tausende und Aber-tausende gestern als Wort in sich wälzten, in die Tat umsetzte. Der das, was bei diesen Tausenden und Aber-tausenden Spiel der Vorstellung, Wiederholung der Zeitungsphrasen, vielleicht Versuchung des Gehirns blieb, mit allen Folgen der Wirklichkeit bis zum Tode durchlebte.

Und dann sollst du dich fragen, ob du die Kraft hättest, jenen Ruf nachzuführen, mit dem dieser Mann die Schiffe in seinem Fleisch empfing, das läßen mußte, was seine Seele brannte und zu handeln trieb. Jenen großen, heiligen Ruf: „Hoch Deutschland!“ Diesen Ruf, den auch der wilde, der erbitterteste Todfeind achten muß, wenn anders noch ein Funken von Ehregefühl in ihm lebendig ist, der Ruf, der überall in der Welt gilt und überall gleich lautet: „Hoch das Vaterland!“

Und dann sollst du hingehen und dich ändern. Und sollst deine Faulheit und Faulheit abtun. Und wenn du auch kein Held bist zu großen Taten und großen Konsequenzen, so sollst du wenigstens im Maße deiner Kraft und deiner Besinnung dein Außerstes einsehen. Damit du ohne Eckel vor dir selbst den Namen aussprechen kannst, der klingen wird, solange ein Mensch ein Vaterland hat.

## Kunst und Wissenschaft.

Ein eifriger Kirchenkomponist. In der Christhoop-Rirche zu Tourcoing, dem Mittelpunkt der nordfranzösischen Textilindustrie, kommt dieser Tage das Oratorium eines eifrigeren italienischen Knaben namens Roto Rinaldi zur Aufführung. Das Oratorium des kleinen Italiens führt den Titel „Die Kindheit Johannes des Täufers“ und ist bereits in Mailand aufgeführt worden, wo der kleine Rinaldi lebt. Rinaldi hat an dem Werke monatelang ohne jede fremde Hilfe gearbeitet. Es fand bei der Uraufführung in Mailand begeisterte Aufnahme, und die italienische Musikwelt rühmte an dem Oratorium besonders die geradezu meisterliche Technik der Orchesterbehandlung und des Chores.